

Kohnert, Dirk

**Book Part — Accepted Manuscript (Postprint)**

**Westafrika - 2002**

*Suggested Citation:* Kohnert, Dirk (2003) : Westafrika - 2002, In: Hofmeier, Rolf Mehler, Andreas (Ed.): Afrika-Jahrbuch 2002: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara, Springer Fachmedien, Wiesbaden, pp. 81-92

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/301835>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

## Westafrika - 2002

### *Politische Entwicklung*

Die Entwicklung Westafrikas im Berichtsjahr wurde geprägt durch gewaltsame Konflikte, allen voran ab September dem ivoirischen Bürgerkrieg mit seinen fatalen grenzüberschreitenden politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen. Demgegenüber traten mehr oder weniger ernsthafte Bemühungen der herrschenden politischen Klasse verschiedener Staaten, den formalen Demokratisierungsprozess im Rahmen von freien Wahlen voranzubringen, in den Schatten.

Als Modell der **Demokratisierung** in Westafrika galten die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in **Mali** (28.4./12.5. u. 14.7./28.7.). Sie brachten mit dem Wahlsieg des neuen Staatspräsidenten Amadou Toumani Touré (ATT) einen demokratisch legitimierten Machtwechsel, der gleichzeitig einen Wechsel der politischen Sozialisation der mali-schen politischen Führer deutlich machte, was die internationale Gebergemeinschaft durch intensivierte entwicklungspolitische Zusammenarbeit honorierte.

Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in **Sierra Leone** (14.5.) stärkten die Rolle des amtierenden Präsidenten Kabbah und seiner Partei. Die vorgezogenen Parlamentswahlen fanden am 27.10. unter den restriktiven Bestimmungen des neuen Wahlgesetzes statt, das die Wahlchancen der Opposition wesentlich minderte, weshalb die wesentlichen Oppositionsparteien die Wahl auch boykottierten. In **Guinea** bestimmten die Parlamentswahlen (30.6.) maßgeblich das innenpolitische Geschehen des Jahres. Zwar sicherte sich die Regierungspartei eine Mehrheit der Sitze, doch wurde das Wahlergebnis sowohl von lokalen als auch externen Beobachtern angezweifelt. Eine am 22.5. gegründete Oppositionsfront unter Führung der Partei des Oppositionsführers Alpha Condé hatte zum Wahlboykott aufgerufen, da die beschlossenen Änderungen des Wahlsystems nicht ausreichten, um freie und faire Wahlen zu garantieren. Condé durfte nicht zur Wahl antreten, nachdem er 1998 verhaftet, 2001 dann freigelassen aber nicht amnestiert worden war. Auch die Parlamentswahlen in **Burkina Faso** (5.5.) brachten keine wesentlichen Änderungen der etablierten politischen Machtstrukturen. Bei Nachwahlen zu den Parlamentswahlen vom Dezember 2000 in verschiedenen Distrikten **Ghanas** konnte die regierende Partei unter Führung des Staatspräsidenten John Kufuor im Laufe des Jahres ihre unangefochtene Position weiter konsolidieren. Die ghanaischen Kommunalwahlen (6.8.) verliefen wegen mangelhafter Vorbereitung, der extrem niedrigen Wahlbeteiligung und dem geringen Wahlinteresse vieler Spitzenpolitiker eher enttäuschend. Die von der Opposition wegen undemokratischer Rahmenbedingungen boykottierten Parlamentswahlen in **Gambia** (17.1.) gewann die Regierungspartei des im Vorjahr wiedergewählten Staatspräsidenten Yahya Jammeh. Auch bei den von wesentlichen Oppositionsparteien boykottierten und schon seit 2000 überfälligen Kommunalwahlen (25.4.) behielt die Regierungspartei die Zügel in der Hand. Die seit Nov. 2001 überfälligen Kommunalwahlen (22.5.) im **Senegal** festigten die Machtposition der Partei des Präsidenten, machten aber gleichzeitig die schwindende Begeisterung der Bevölkerung für den zwei Jahre zuvor gewählten Hoffnungsträger Abdoulaye Wade deutlich, dem es bisher nicht gelungen war, die gewaltsamen Konflikte in der Casamance zu lösen oder die Wirtschaftslage zu verbessern. Bei den **Beniner** Kommunalwahlen im Dezember fiel der Sieg der Opposition nicht so eindeutig aus wie erwartet. Nach der 2001 gewonnenen Präsidentschaftswahlen und angesichts einer in sich zerstrittenen Opposition konnte das "System Kérékou" seine Anpassungsfähigkeit abermals unter Beweis stellen. **Nigerias** Präsident Olusegun Obasanjo konnte das von der Nationalversammlung und dem Senat angedrohte Amtsenthebungsverfahren im Novem-

ber abwenden und dies als innenpolitischen Erfolg verkaufen. Damit besaß Obasanjo eine gute Startposition für die Präsidentschaftswahlen im April 2003.

Angesichts der begrenzten Möglichkeiten der freien Meinungsäußerung und Mitbestimmung der Wähler in formal demokratischen Institutionen und Wahlen waren die Medien, insbesondere die unabhängige Presse, oft ein effektiveres Korrektiv der Exekutive als die gewählten Parlamente. Dies unterstrich auch der im September erstmals veröffentlichte **Index der Pressefreiheit** der Pariser NRO *Reporters Sans Frontières* (RSF). Benin verteidigte auch auf diesem Gebiet einmal mehr seinen Ruf als Modell der Demokratisierung im frankophonen Afrika, es nahm auf dem Index einen überraschenden 21. Platz (von 139; gleichauf mit Großbritannien!) ein, weit vor Mali (43), Senegal (47), Nigeria (49), der Côte d'Ivoire (59), Ghana (67), Togo (97) oder Liberia (109).

### *Trans-regionale außenpolitische Beziehungen*

Am 28.11. trat in Ouagadougou (Burkina Faso) die zweite Ministerkonferenz zur Umsetzung der Beschlüsse des **Europäisch-Afrikanischen Gipfeltreffens** vom Oktober 2000 zusammen, um die Fortschritte auf den Gebieten des Schuldenerlasses für die ärmsten Länder, Aids-Bekämpfungsprogramme und NEPAD zu besprechen. Am 3.11. trafen sich Vertreter der Mitgliedsstaaten der AU zum fünften offiziellen NEPAD-Gipfeltreffen in der nigerianischen Hauptstadt Abuja unter Leitung des nigerianischen Präsidenten Obasanjo, einem der Initiatoren der NEPAD, um die weitere Vorgehensweise beim *peer-review* Mechanismus zu besprechen. Seitens vieler westafrikanischer Mitgliedstaaten (z.B. Togo, Senegal) bestanden starke Vorbehalte gegen eine Ausdehnung des *peer-review* über ökonomische Fragen hinaus auch auf politische Fragen. Die Oberhäupter von 12 der 17 anwesenden Staaten erklärten sich schließlich bereit, ihre Regierungsführung der Evaluierung durch den **African peer-review mechanism** zu unterwerfen, darunter auch vier westafrikanische Staaten: Ghana, Mali, Nigeria und Senegal. Die Kontroverse um die Einsetzung des togoischen Staatspräsidenten Eyadéma, des dienstältesten Diktators Afrikas, im Oktober als Vermittler und Leiter der ECOWAS-Kontaktgruppe zur Schlichtung des ivoirischen Konfliktes war eher dazu angetan, die Zweifel an Möglichkeiten der gegenseitigen Kontrolle der Regierungsführung innerhalb Westafrikas zu bestärken. Die namhaften Intellektuellen und Vertreter der Zivilgesellschaft verschiedener westafrikanischer Länder, die am 22.12. in Cotonou zur Vermittlung im ivoirischen Konflikt zusammentrafen, schienen für diese Aufgabe schon eher geeignet. Unter Leitung des ehemaligen Beniner Planungsministers Professor Albert Tévoédjre erarbeiteten sie den "Konsens von Cotonou", der die Regierung in Abidjan dazu aufrief, die Verfassung besonders hinsichtlich der Nationalitätenfrage zu überdenken, die Wählerlisten zu revidieren, ein generelles Amnestiegesetz für die Rebellen zu verabschieden und baldmöglichst vorgezogene Parlamentswahlen abzuhalten. Daneben gründeten sie ein "Netzwerk afrikanischer Intellektueller für den Frieden" mit Sitz in Cotonou.

Die politische und wirtschaftliche Krise in der Côte d'Ivoire und die Regionalisierung dieses Konfliktes bedrohten nicht nur die ECOWAS (s.u.), sondern auch die etablierte Position **Frankreichs**, das (den Erdölsektor ausgenommen) immer noch über 40% des Marktes im frankophonen West- und Zentralafrika kontrollierte. In den westafrikanischen Bastionen etablierter Netzwerke also vor allem Côte d'Ivoire und Senegal, beherrschten die Interessen des französischen Privatkapitals (z.B. *Bolloré, TotalFinaElf, Air France, Vivendi, France Télécom, Rougier, Compagnie française d'Afrique de l'Ouest*) sogar bis zu 50% des formellen Sektors und erzielten dort, trotz relativ hoher Produktionskosten, die weltweit höchste Kapitalrendite, wie in einem international beachteten am 8.5. publi-

zierten Bericht über die französischen Multis in Afrika unter dem Titel "Petits empires et gros profits" in dem Magazin *L'Autre Afrique* berichtet wurde. Daher zeigte sich Paris in hohem Maße von der Krise beunruhigt. Das besondere wirtschaftspolitische Interesse Frankreichs an der Region dokumentierte auch ein Treffen frankophoner afrikanischer Staatsechefs am 15.4. in Dakar, das der Vorbereitung des G8-Gipfeltreffens in Kananaskis diente und stark von den Interessen der seit der Kolonialzeit eng verbundenen Gewerkschaftsbewegungen Frankreichs und des frankophonen Afrika bestimmt war. Kurz zuvor, am 8.5., hatten sich am Sitz der *Force Ouvrière* in Paris die Generalsekretäre der Gewerkschaftskonföderationen zu ihrem ersten Franko-Afrikanischen Gipfeltreffen zusammengefunden. Zwar galten nur durchschnittlich 25% der Arbeiter des formellen Sektors im frankophonen Afrika als gewerkschaftlich organisiert, die Gewerkschaftsbewegung in Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea, Mali, Senegal und Togo hatte aber seit ihrem Bestehen einen unverhältnismäßig starken Einfluss auf die Innenpolitik der betroffenen Staaten.

Die USA dokumentierten im Berichtsjahr ihr steigendes strategisches Interesse an der Subregion Westafrika bzw. an den Anrainerstaaten des Golfs von Guinea. Strategische Eigeninteressen bestimmten klarer als unter Clinton die Leitlinien der US-Afrikapolitik. Diese waren bestimmt durch die beiden Hauptziele, Sicherung der strategischen Erdölvorräte und Kampf gegen den weltweiten Terrorismus. Die im Januar in Washington auf einem Seminar des *Institute for Advanced Strategic and Political Studies* konstituierte *African Oil Policy Initiative Group* (AOPIC) empfahl der Bush-Regierung, den Golf von Guinea als eine Region "von vitalem Interesse" mit einem regionalen amerikanischen Befehlshaber, ähnlich dem Modell der US-Streitkräfte in Korea zu deklarieren. Die Entsendung von Truppen aus der Europäischen Kommandozentrale der USA von ihrer Basis in Stuttgart nach Accra (Ghana) zur Evakuierung amerikanischer und kanadischer Staatsangehöriger aus Bouaké (Côte d'Ivoire) nach dem Ausbruch des ivoirischen Bürgerkrieges Ende September diente nicht zuletzt auch dazu, verstärkt durch Militäraktionen in Afrika Flagge zu zeigen. Für ECOWAS-Friedensmissionen in dem neuen Krisengebiet der Côte d'Ivoire stellte das amerikanische Außenministerium über die private Flugtransportfirma *International Charter Incorporated of Oregon* (ICI), die im Auftrag des Außenministeriums schon mehrfach logistische Unterstützung von ECOMOG-Truppen in Liberia und Sierra Leone unternommen hatte, Flugzeuge und Hubschrauber für den Transport der 1.264 Mann starken ECOWAS-Eingreiftruppe in der Côte d'Ivoire zur Verfügung, wie im November bekannt wurde. Die USA konzentrierten sich im Rahmen des seit 1997 laufenden Militärprogramms *African Crisis Response Initiative* (ACRI), das ab 2003 mit geänderten Funktionen als *Africa Contingency Training and Assistance* (ACOTA) firmieren soll, zunehmend auf bilaterale militärische Ausbildungsprogramme für afrikanischer Truppen, insbesondere in Nigeria und Senegal. An einem Fortbildungsseminar der US-Streitkräfte für Friedenssicherung im Teshi Staff College (Ghana) im Mai nahmen Offiziere aus 13 überwiegend westafrikanischen Staaten, darunter Ghana, Benin, Togo, Nigeria, Guinea, Burkina Faso, Gambia, Mali, Côte d'Ivoire und Sierra Leone teil. Pläne der amerikanischen Regierung, Nigeria zur regionalen Polizeimacht der USA in Westafrika zu machen, stießen bei nationalistisch denkenden Militärs in Nigeria auf zunehmende Ablehnung.

### *Sozio-ökonomische Entwicklung*

Drei Problembereiche bestimmten die wirtschaftspolitische Diskussion in Westafrika: die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der ivoirischen Krise, die Benachteiligung afrikanischer Agrarexportprodukte (insbesondere Baumwolle), auf dem Weltmarkt durch

unfaire Handelspraktiken und die Zukunftschancen einer gemeinsamen westafrikanischen Währung .

### **Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen der ivoirischen Krise**

Die Schockwelle der Krise in der Cˆote d'Ivoire, die gut 40% des BIP in der UEMOA repräsentiert, zeigte im vierten Quartal des Berichtsjahrs tief greifende Auswirkungen auch auf die benachbarten Länder. Am meisten und direktesten betroffen waren die Sahelanrainer Burkina Faso, Mali und Niger, weil sie wegen der blockierten Handelswege durch die Cˆote d'Ivoire von ihren traditionellen Handelsrouten und Absatzmärkten abgeschnitten wurden. Außerdem schlug zu Buche, dass viele ihrer Staatsangehörige als Wanderarbeiter oder semi-permanente Migranten zum Teil schon seit Jahrzehnten in der Cˆote d'Ivoire lebten und nun wegen - von der ivoirischen Regierung noch geschürten - Fremdenfeindlichkeit aus dem Lande flüchten mussten.

Die **Auswirkungen auf den Außenhandel der Sahelstaaten** hatten mehrfache Dimensionen. So war die Eisenbahnlinie (*Sitarail*) zwischen Ouagadougou, bzw. Bobo Dioulasso (der Wirtschaftsmetropole Burkinas) und Abidjan seit dem 19. unterbrochen. Die Ausweichroute für Im- und Exporte über schlechte Straßen zum nächstgelegenen ghanaischen Hafen Tema war nicht nur erheblich länger (1.300 km, statt 800 km nach Abidjan), sondern auch erheblich kostspieliger und Zeit raubender. Außerdem reichte die Umschlagskapazität der Häfen von Tema (2,5 Mio. t/p.a.), Lomé (Togo) oder Cotonou (Benin, mit je 3 Mio. t/p.a.) nicht aus, die Blockade der ivoirischen Häfen Abidjan und San Pedro (zusammen 18 Mio. t/p.a.) wett zu machen. Mali versuchte daher, auch auf die Häfen von Dakar und Conakry auszuweichen. Da die Vorratshaltung vieler Unternehmen auf diese Krise nicht eingestellt war, sahen sich Fabriken in der Region (z.B. Seifenproduktion, Plastikverpackungsmaterial) gezwungen, ihren Betrieb einzustellen. Auch der Zementpreis stieg z.B. in Mali von 100.000 CFA auf 140.000 CFA (213 €/t) und in Burkina um 15% bis 20% weil der größte Zementhersteller in der Cˆote d'Ivoire nicht mehr ausliefern konnte. Die Preise für Treibstoff, der vor der Krise zu einem Drittel über die Cˆote d'Ivoire gedeckt worden war und jetzt über Benin, Togo und Ghana importiert wurde, stiegen durchschnittlich um etwa 30%. Das Handelsvolumen zwischen Burkina Faso oder Mali, die (Burkina bis 1999) etwa 60% bzw. 70% ihres Außenhandels mit der Cˆote d'Ivoire abwickelten, schrumpfte um 20% bis 30%. Die Baumwollproduktion Malis, die bedeutendste des subsaharischen Afrika, und neben der Goldproduktion der zweitwichtigste Devisenbringer des Landes, galt als besonders stark betroffen. Das staatliche Baumwollvermarktungsunternehmen *Compagnie Malienne Des Textiles* (CMDT) befürchtete, dass seine Vorjahrgewinne (\$ 7,3 Mio.) wegen erhöhter Transportkosten um 66% sinken würden. Burkina Faso hatte dagegen schon ab 1999, nach dem ivoirischen Staatsstreich vom 24.12.99 und den Ausschreitungen gegen Burkinabé in Tabou (im Südwesten der Cˆote d'Ivoire) begonnen, seine Märkte und Handelswege zu diversifizieren. Güter im Handelsvolumen von nahezu 400.000 t nahmen bereits vor Ausbruch der Krise die Transitroute über Togo, etwa 200.000 t über Ghana (gegenüber 18.000 t im Jahre 1999) und 20.000 t über Benin. Der Hafen von Tema profitierte besonders von der Krise. Sein Handelsvolumen in die Sahellander stieg zwischen 1999 und 2002 um etwa das Zehnfache an. Tema galt unter Transportfirmen u.a. deswegen als besonders attraktiv, weil die ghanaischen Behörden angesichts unzureichender Überwachungsmöglichkeiten Schwerlastwagen mit einem Gesamtgewicht von bis zu 70 t auf ihren Straßen tolerierten (statt der in der ECOWAS offiziell zugelassenen max. 35 t), was zwar die privaten Transportkosten erheblich reduzierte aber dies nur unter Inkaufnahme hoher volkswirtschaftlicher Kosten, da die ohnehin schon schlechten Überlandstraßen unter den uberge-

wichtigen LKW weiter zerstört wurden. Andererseits war zu berücksichtigen, dass Ghana nicht der gemeinsamen Zollunion der UEMOA angehörte, und bei Transporten über Tema, anders als über Abidjan, Lomé oder Cotonou, höherer Zoll auf die Im- und Exporte gezahlt werden musste.

Auch der **grenzüberschreitende Viehhandel der Sahelländer** war stark betroffen. Burkina und Mali hatten bisher etwa 700.000 Rinder jährlich in die Côte d'Ivoire exportiert. Nach Angaben des Ministeriums für Tierhaltung in Ouagadougou erlitten die Viehhändler des Landes wegen der ivoirischen Krise bis Jahresende einen Verlust von umgerechnet über \$ 17 Mio. Burkina, das vor der Krise etwa 60% seines gehandelten Viehs in die Côte d'Ivoire exportierte, musste einen Exportrückgang um 75% verkraften. Die Ankaufpreise auf dem heimischen Viehmarkt, der sich kaum in der Lage sah, die Überschussmengen aufzunehmen, brachen zusammen. Der Preis einer gesunden Kuh auf dem heimischen Markt sank von CFA 310.000 vor der Krise auf CFA 155-185.000; eine analoge Entwicklung zeichnete sich in Mali ab. Darunter hatten nicht zuletzt die Fulbe-Wanderhirten zu leiden. Ähnliches war im Niger hinsichtlich des Vieh- und Zwiebelhandels zu beobachten. 30% des nigrischen Exports von Zwiebeln (13.000 t), einem der wichtigsten landwirtschaftlichen Exportprodukte, ging vor der Krise in die Côte d'Ivoire; nun überschwemmten die kaum noch absetzbaren Mengen den heimischen Markt.

Die **gesamtwirtschaftlichen Folgen der Krise** setzten mit Zeitverzögerung ein und ließen sich bis Jahresende schwer abschätzen. Der zweite Jahresbericht der OECD über die Wirtschaftsperspektiven Afrikas 2002-2003 machte jedoch hinreichend deutlich, dass sich die ivoirische Krise sehr unterschiedlich auf die Länder Westafrikas auswirkte. Während der Bericht für die Côte d'Ivoire, selbst unter optimistischen Annahmen, ein sinkendes Wachstum des BIP von 1,1% (2002) auf -4,3% (2003), für Burkina Faso von 6% auf 3,3% und für Mali von 9,9% auf 2,1% prognostizierte, konnten Ghana (4,4% 2002; 5,2% 2003) und Nigeria (-1,3% 2002; 3,1% 2003) mit einer positiven Wirtschaftsentwicklung rechnen. Für Befürchtungen um eine Abwertung des FCFA sah die OECD jedoch noch keinen Anlass (s.u. UEMOA). Eine weitaus optimistischere Einschätzung der Entwicklungschancen der Subregion, insbesondere der Côte d'Ivoire als Zugpferd der Wirtschaftsentwicklung in der UEMOA, hatte Anfang Mai noch der Präsident des IWF, Horst Köhler, anlässlich einer Afrikarundreise mit Schwerpunkt Westafrika (Ghana, Côte d'Ivoire, Burkina Faso) abgegeben. Köhler setzte sich zudem öffentlich für die Schaffung fairer Handelsbedingungen für afrikanische Exporte und die Abschaffung nicht-tarifärer Handelshemmnisse seitens der USA und der EU ein, insbesondere die Reduzierung landwirtschaftlicher Subventionen (s.u.).

Während viele Menschen in Westafrika unter der ivoirischen Krise litten, gab es auch einige, die einen Nutzen daraus zogen. Ein Beispiel für die **Verlierer und Gewinner** war der **Kakaoanbau**. Westafrika war mit 70% der Weltproduktion weltweit der größte Kakaoproduzent. Die Côte d'Ivoire stellte mit 43% den Löwenanteil, gefolgt von Ghana (15%), Nigeria (7%) und Kamerun (4%). Zwar stiegen die Weltmarktpreise bereits vor dem Ausbruch der Krise, weil die ivoirische Produktion seit 1998 (1,4 Mio. t) ständig gesunken war (bis auf 950.000 t 2001). Angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheit bezüglich des Einbringens der Kakaoernte des laufenden Jahres (Vertreibung der Wanderarbeiter von den Kakaoplantagen, Handelsbarrieren durch die Rebellen etc.) zogen die Preise in den internationalen Warenbörsen aber seit dem 19.9. scharf an und erreichten bereits im Oktober ein 17-Jahres-Hoch mit umgerechnet \$ 2.500/t. Als die Rebellen zeitweise Daoua mitten im Kakaogürtel besetzten, befürchtete man weitere Preissteigerungen. Ende November begannen die Ankaufpreise im Süden der Côte d'Ivoire aber wieder zu fallen auf FCFA 660/kg, gegenüber FCFA 695/kg eine Woche zuvor. Am meisten profi-

tierte der *Ghana Cocoa Bord* (Cocobod) von den Preisschwankungen. Nur ein Teil der Preissteigerungen wurde an die ghanaischen Produzenten weitergegeben, für die der staatlich festgesetzte Ankaufspreis auf \$ 763/t. Kakaobohnen angehoben wurde. Das größte Problem Ghanas bestand in dem seit Jahren andauernden Schmuggel von ghanaischem Kakao in die Côte d'Ivoire wo weitaus attraktivere Preise winkten. Nach Einschätzung des Geschäftsführers des Cocobod lag die geschmuggelte Menge in der Vorjahreszeit bei 50.000 t. An diesem illegalen grenzüberschreitendem Handel änderte auch der Bürgerkrieg wenig, da er nicht durch das von den Rebellen kontrollierte Gebiet lief, sondern direkt vom Süden Ghanas zu den Häfen von Abidjan und San Pedro. Die ghanaische Regierung bemängelte schon seit geraumer Zeit, ebenso wie der IWF, dass die ivorische Regierung den Kakaoexport zu gering besteuere und damit nicht nur eine Chance zur Sanierung des Haushalts vergab, sondern auch den Schmuggel, der neben den Preisdifferenzen auch auf Erlöse in harter FCFA-Währung des Nachbarlandes abzielte, noch zusätzlich stimulierte.

Der politisch instrumentalisierte Nationalismus in der Côte d'Ivoire zeigte nicht nur fatale wirtschaftliche sowie innen- und außenpolitische Effekte (z.B. eine breitwillige Aufgreifen der Idee der *ivorité* durch die togoische Regierung im Rahmen der *togolité*, s. Länderartikel Togo), sondern auch fühlbare **negative soziale Folgen**. Besonders betroffen waren wiederum die ca. 2,5 bis 3 Mio. in der Côte d'Ivoire lebenden und arbeitenden Burkinabé, die nach dem Ausbruch der Krise (19.9.) in den staatlichen ivorischen Medien offen als Unterstützer der Rebellen angegriffen wurden. Bis Jahresende flüchteten schätzungsweise 100.000 Burkinabé vor brutalen Gewaltakten, meist unter Hinterlassung ihrer Habe, zurück in ihre Heimat. Die Regierung in Ouagadougou versuchte die Fluchtbewegungen durch ein eigenes Reintegrationsprogramm (*opération Bayiri*, d.h. "Rückkehr in die Heimat") aufzufangen (13.11.). Ähnliches galt bezüglich der Migranten aus Niger (ca. 800.000) und Mali (ca. 2 Mio.) in der Côte d'Ivoire. Die nahe der Grenze gelegenen malischen Städte Sikasso, Zégoua und Kadiolo mussten, unterstützt von internationalen Organisationen und NRO (z.B. UNICEF, PAM, DWHH), den Ansturm von Tausenden von Flüchtlingen überwiegend malischer Nationalität, aber auch von Ivorern, Burkinabé und Guineern verkraften. Die Regierungen in Accra und Niamey kündigten Anfang Oktober angesichts des massiven Exodus ausländischer Migranten und ivorischer Flüchtlinge ebenfalls ein Auffangprogramm für die Evakuierung rückkehrwilliger Ghanaer und Nigerier an. Nach Regierungsangaben aus Bamako wurden bis Jahresende 11.000 Malier im Rahmen eines offiziellen Regierungsprogramms repatriiert; weitere 26.000 seien mit ihren eigenen Mitteln in die Heimat zurückgekehrt. Die Außenministerin Nigers, Aichaitou Mindaouddou sprach von 11.000 Staatsbürgern, die bis Jahresende aus der Côte d'Ivoire vertrieben worden waren, wo sie Opfer verschiedenster Repressalien geworden seien.

### **Unfaire Handelsbedingungen für westafrikanische Baumwollexporte**

Während zu Jahresbeginn in westafrikanischen Ländern wie Benin, Mali und Burkina Faso Prognosen für eine zu erwartende Rekord-Baumwollernte die Runde machten, wuchs die Besorgnis dieser Länder wegen der Abschottung der Märkte und unfairen Handelsbedingungen der EU und der USA, die gegenüber Afrikas Forderungen nach mehr Entwicklungshilfe jahrzehntelang die *Maxime trade, not aid* entgegeng gehalten hatten. Die Baumwollproduktion West- und Zentralafrikas hatte sich in den letzten drei Jahrzehnten verfünffacht. Westafrikanische Baumwolle zählte zu den weltweit besten Qualitäten und repräsentierte mittlerweile 16% des Welthandels neben den Hauptproduzenten USA und Usbekistan. Der IWF und die Weltbank, ebenso wie internationale NRO wie

*Oxfam* (mit ihrem im September publizierten Bericht über *rigged rules and double standards* sowie der weltweit Beachtung findenden Initiative *fair Trade*), hatten auch in der internationalen Öffentlichkeit zunehmend Aufmerksamkeit für die Doppelstandards der Industrieländer geweckt, die einerseits von den Afrikanern eine Öffnung der Märkte verlangten, ihrerseits sich aber durch tarifäre oder nicht-tarifäre Handelshemmnisse zunehmend gegen Agrarexporte aus afrikanischen Ländern schützten. Vorrangiges Ziel der Proteste waren die USA, die im Frühjahr mit der von Präsident Bush geförderten *Farm Bill* zum Schutz der ca. 28.000 amerikanischen Baumwollproduzenten (die überwiegend aus Texas, Bush's Heimatstaat stammten) die Subventionierung der heimischen Produktion um 67% erhöhte, so dass afrikanische Anbieter einen Verlust auf den Weltmärkten durch aggressives amerikanisches Dumping befürchten mussten.. Der *International Consultative Council on Cotton* prognostizierte wiederum, dass ein Abbau der US-Subventionen den Baumwollpreis auf dem Weltmarkt um 26% senken würde. Nach Ansicht dieses Gremiums verloren afrikanische Baumwollproduzenten allein durch die US-Subventionen \$ 191 Mio. im Jahr 2001; davon Mali (der größte Baumwollproduzent des subsaharischen Afrika) \$ 43 Mio., d.h. 1,7% des BIP oder 8% der Exporterlöse, Benin \$ 33 Mio., oder 9% und Burkina Faso 28 Mio., oder 12% der Exporterlöse. Nach Berechnungen von *Oxfam* verursachten diese Subventionen größere Verluste als die US-Entwicklungshilfe für die acht westafrikanischen Baumwollexportländer ausmachte. So erhielt Mali beispielsweise im Vorjahr \$ 37,7 Mio., verlor aber durch die US-Baumwollsubventionen \$ 43 Mio. Die malische Regierung galt aber als besonders zurückhaltend in Bezug auf eine WTO-Klage, weil sie Vergeltung der USA in Bezug auf Hilfe-Kürzungen, bzw. Benachteiligung beim amerikanischen *African Growth and Opportunity Act* befürchtete. In Benin betrug der Verlust (\$ 33 Mio.) sogar das Doppelte der US-Hilfe. Ähnliches galt für die EU, die ihre spanischen und griechischen Baumwollbauern mit jährlich € 1 Mrd. förderten. Die halbstaatliche malische Baumwollvermarktungsgesellschaft (CMDT; zu 40% im Besitz der französischen Parastal *Dagris*, der ehemaligen *Compagnie Française de Développement des Textiles*) kündigte am 4.6. einen Verlust von mehr als € 3,7 Mio. für das Jahr 2001 an. Die westafrikanische Baumwollproduktion war trotz hoher Produktivität umso abhängiger von den Weltmarktpreisen, als nur ein geringer Teil der Produktion (in Mali z.B. nur 1%) im Lande selbst verarbeitet werden konnte. Von interessierter Seite gab es bereits Forderungen an die EU, die Verluste afrikanischer Baumwollproduzenten zu kompensieren; diesbezügliche Verhandlungen liefen in Washington und Brüssel und wurden auch auf der Herbsttagung der Weltbank und des IWF in Washington (27.-29.9.) behandelt.

Vom 25.-27.6. trafen sich in Abidjan Agrarminister afrikanischer Staaten, um eine seit langem schwelende, aber wegen Befürchtungen um harsche Gegenreaktionen der Geber immer wieder verschobene offizielle Beschwerde gegen die Baumwollsubventionen der USA, der EU und Chinas bei der WTO vorzubereiten. Damit hätten zum ersten Mal in der Geschichte afrikanische Regierungen die WTO zum Schutz ihrer Handelsinteressen aufgerufen. Burkinas Präsident Compaoré galt als besonders vehementer Vertreter solcher Forderungen. So stellte er anlässlich der Eröffnung eines NEPAD-Forums in Ouagadougou am 12.9. das wettbewerbswidrige Verhalten der USA und der EU an den Pranger. Zum besseren Schutz ihrer Interessen gründeten afrikanische Baumwollproduzenten außerdem am 19.9. die *Association Cotonnière Africaine* (ACA) mit Sitz in Cotonou, der 27 Unternehmen bzw. Verbände aus elf überwiegend westafrikanischen Staaten angehörten. Bis Juli traten der ACA die folgenden Länder bei: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Ghana, Guinea, Kamerun, Mali, Senegal, Tschad und Togo. Als Präsident der ACA wählten sie Ibrahim Malloum (Tschad). Auf der Sitzung der französischen Baumwollvereinigung *Afcot* am 12.10. in Deauville bemerkte ein Vertreter der ACA mit einiger Bitterkeit, dass es die westafrikanischen Länder aus Furcht vor Sanktionen der WTO und wegen

interner Streitigkeiten zwischen den Regierungen in Abidjan und Ouagadougou wieder nicht geschafft hatten, sich auf eine gemeinsame Linie zu einigen, sondern es vielmehr vorzogen, sich der brasilianischen Beschwerde gegen die US-Baumwollsubventionen anzuschließen, ohne spezifische afrikanische Probleme und analoge Beschwerden gegen unfaire Handelspraktiken der EU zu thematisieren.

### **Erdölboom in Westafrika**

Neue Erdölfunde und das wachsende Interesse der USA an westafrikanischem Erdöl (s.o.) lösten einen regelrechten **Boom des Erdölsektors im Golf von Guinea** aus (s.o.). Die Erdölprospektion, besonders in den erdölträchtigen Tiefwassergebieten Westafrikas, wies hohe Erfolgsraten von bis zu 75% auf. Neue vielversprechende Offshore-Erdölfelder lagen bspw. vor der westafrikanischen Küste zwischen Marokko und Guinea-Bissau, wie das 2001 entdeckte Chinguetti-Feld vor der mauretanischen Küste; sie zählten hinsichtlich der zu erwartenden Kapitalrendite und der Risiko-Gewinn-Rate zu den attraktivsten Investitionen im Ölsektor weltweit. Dies lockte neben den großen Erdölmultis wie *Chevron*, *Shell*, *BP* und *TotalFinaElf*, Investoren aus aller Welt an. Neben Malaysia (*Petronas*), Australien (*Woodside*) und der *Korean National Oil Company* sowie chinesischen und russischen Firmen traten auch unabhängige afrikanische Ölgesellschaften wie *PetroSA* (Südafrika) und *Somangol* (Angola) in das Wettrennen um günstige Startpositionen ein. Außerdem gab es vermehrt grenzüberschreitende Kooperation bei der Erdölprospektion z.B. zwischen Nigeria und São Tomé sowie zwischen Senegal, Guinea-Bissau und Gambia. Nach erfolgreichen Erdölbohrungen vor der Côte d'Ivoire (Baobab discovery), Ghana (Tano Basin) und Mauretaniens (Chinguetti 1) wuchs auch das Interesse an der Erdölprospektion vor der Südküste Sierra Leones, nachdem die erfolgreichen Wahlen im Mai die Aussicht auf verbindliche Abkommen mit der Regierung in Freetown wahrscheinlicher machten.

Auch die lange verzögerte Bauplanung der **Westafrikanischen Gaspipeline** (WAGP), die das bisher weitgehend nutzlos abgefackelte Erdgas des Nigerdeltas von Escravos (Delta State) über Benin und Togo bis nach Ghana (Takoradi/Effasu; mit möglicher Verlängerung in die Côte d' Ivoire) liefern sollte, machte Fortschritte. Die Ausschreibungen für die Durchführung dieses \$ 500 Mio.-Projektes sollten laut Beschluss der federführenden *Nigerian National Petroleum Corporation* (NNPC) und ihrer ausländischen Partner vom September im Februar 2003 beginnen, die Auftragsvergabe im August 2003. Mitte 2005 rechnete die NNPC mit der Fertigstellung und Inbetriebnahme der Gaspipeline, die bis Lagos Beach (mit einer 18.000 PS starken Kompressorstation) auf dem Lande und von dort aus 560 km Offshore bis Takoradi (Ghana; und weitere 80 km Off-shore bis Effasu) verlaufen sollte.

Das verstärkte Augenmerk der internationalen Gebergemeinschaft seit 1998 auf die Probleme des **Kinderhandels** und der **Kinderarbeit** in Westafrika (s. Afrika Jahrbuch 2001, 2000) führte zu weiteren Maßnahmen der am meisten betroffenen Staaten. Die Geschäftsstelle des Internationalen katholischen Kinderbüros in Togo, kofinanziert von der französischen Regierung und der ILO, startete am 10.5. ein dreijähriges Programm zur landesweiten Bekämpfung der Kinderarbeit. Während einer Sondersitzung der UN über Kinderarbeit in New York (8.-10.5.) gab Rima Salah, die regionale UNICEF-Direktorin, an, dass schätzungsweise 200.000 Kinder jährlich in West- und Zentralafrika gehandelt würden. Die Côte d'Ivoire und Mali hatten bereits im September 2000 Kooperationsverträge zur Bekämpfung des Kinderhandels geschlossen; ähnliche Verträge exis-

tierten auch zwischen Ghana, Togo, Benin und Nigeria. Der **Flüchtlingsstrom** von Westafrikanern **nach Europa** nahm weiter zu (s. Afrika-Jahrbuch 2001).

Die von der internationalen Gebergemeinschaft mit zunehmendem Druck geforderten Strukturanpassungsmaßnahmen, insbesondere die **Privatisierung** von Staatsunternehmen, zeigten gemäß einer im März veröffentlichten Studie der BAD und der OECD eine **ambivalente Zwischenbilanz**. Während die Privatisierungserlöse für die Staatskassen eher mager ausfielen, profitierten hauptsächlich die neu eingestiegenen Unternehmen. Die positiven Effekte auf die Staatshaushalte lagen in erster Linie im Wegfall von Subventionen für die maroden privatisierten Parastatals. Hauptleittragende waren die Beschäftigten und die Verbraucher, die zum Teil signifikante Preissteigerungen für die ehemals staatlichen Dienste (z.B. Treibstoff-, Strom- und Wasserversorgung) in Kauf nehmen mussten, allerdings dafür zumindest oft einen besseren Service einhandelten. Eine Weltbankstudie von 54 privatisierten Unternehmen in Benin, Burkina Faso, Ghana und Togo (sowie Zambia) ergab, einen durchschnittlichen Beschäftigungsabbau von 15%. Als "Klassenbester" schnitt in Westafrika Ghana ab.

Ende des Jahres zeigten Vorabveröffentlichungen der durch Entwicklungshilfe finanzierten Langzeitanalysen von Satellitenaufnahmen in dem Britischen Magazin *New Scientist* einen erstaunlichen **Rückgang der Desertifikation** im Sahel. Die Wüstengrenze der Sahara, die sich zu Beginn der 1970er und 80er Jahre bedrohlich nach Süden ausgedehnt hatte, mit den entsprechenden negativen Folgen für die dort lebenden Bewohner und Wirtschaftsräume, hatte sich wieder gen Norden zurückgezogen, in etwa auf die Linie Mauretanien-Eritrea. Die regenerierte Vegetationsdecke war z.B. nach drei Jahrzehnten auch im Norden Burkina Fasos wieder deutlich sichtbar. Auch wenn Entwicklungspolitik dies auf die großen Anstrengungen beim Kampf gegen die Desertifikation durch Entwicklungsmaßnahmen (Kontur-Dämme, Regenauffangbecken, Brunnenbau, angepasste Anbaumethoden etc.) zurückführten, so war der Hauptgrund doch in den wieder zunehmenden Regenfällen zu suchen.

## *Regionalorganisationen*

### **ECOWAS**

Schwerpunkt der Diskussion innerhalb der ECOWAS im Berichtsjahr waren die anhaltenden Bemühungen der Mitgliedstaaten um Konfliktschlichtung im Gebiet der *Mano River Union* und (ab dem 19.9.) in der ivoirischen Krise (s. Feature-Artikel Westafrika). Aber auch auf institutionellem Gebiet gab es Neuigkeiten: Am 28.5. eröffnete das ECOWAS-Parlament seine erste ordentliche Sitzung im Berichtsjahr in Abuja. Zwei Tage zuvor war Halima Ahmed aus Nigeria als dessen Generalsekretär eingeschworen worden.

Am 5.6. begann in Dakar ein beratendes Dreiertreffen der ECOWAS, UEMOA und der EU um das weitere Vorgehen bezüglich der kontrovers diskutierten Einrichtung von Regionalen wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen (**Regional Economic Partnership Agreement/REPA**) und von Freihandelszonen im Rahmen des Cotonou-Abkommens zu besprechen. Westafrika, das als am weitesten fortgeschritten auf dem Wege zu einer wirtschaftlichen Integration galt, war ausgewählt worden, um als erste Subregion des subsaharischen Afrika die schwierigen Diskussionen mit der EU zu eröffnen. Ein wesentlicher Streitpunkt zwischen den afrikanischen Ländern und der EU betraf die Gleichzeitigkeit der Handelsliberalisierung. Der von der EU und der WTO geforderte baldige und gleichzeitige Abbau von Einfuhrbeschränkungen für Agrarrohstoffe würde die auf Zolleinnahmen angewiesenen afrikanischen Staaten unverhältnismäßig stark treffen und ihre IWF-geförderten Programme zur Armutsminderung gefährden. Außerdem befürchteten die

afrikanischen Verhandlungspartner, dass die EU nicht bereit sein werde, im gleichen Maße ihre hohen nicht-tarifären Handelshemmnisse (s.o.) abzubauen. Die offiziellen Verhandlungen sollten im September beginnen und bis Januar 2008 abgeschlossen werden.

### **Mangelnde Realisierungschancen für eine zweite Westafrikanische Währungszone (WAMZ)**

Die Realisierungschancen der im April 2000 von der ECOWAS beschlossenen zweiten Westafrikanischen Währungszone (s. Afrika-Jahrbuch 2001) neben der CFA-Zone der UEMOA (s.u.) verschoben sich immer weiter in eine ferne Zukunft. Aktionistische Bemühungen in der ersten Jahreshälfte, um die zu ambitionösen Ziele (z.B. Einführung einer gemeinsamen Währung, dem *Eco*, ab 2003) fristgerecht zu erreichen, blieben ohne den erhofften Erfolg. Im Januar genehmigte der Konvergenzrat der WAMZ \$ 50 Mio. (später aufgestockt auf \$ 100 Mio.) für einen ab April zur Verfügung stehenden Stabilitäts- und Kooperationsfonds der Zone zur Absicherung gegen externe Schocks (z.B. Einbruch der *terms of trade* für wesentliche Agrarexporte). Der Fonds sollte in der im Dezember 2000 ins Leben gerufene *West African Monetary Institute* (WAMI) in Accra angesiedelt werden, aber unabhängig agieren können. Kein Mitglied durfte mehr als 25% der Fondsmittel ausleihen. Als größter Nettoeinzahler fungierte Nigeria, das seinerseits allerdings bei länger andauernden externen Schocks, wie einer Baisse der Erdölpreise, kaum mit einer signifikanten Unterstützung der kleineren Mitgliedsländer rechnen durfte, da dies deren wirtschaftliche und finanzielle Kapazität bei weitem überschritt. Die fünf Mitgliedsstaaten (Gambia, Ghana, Guinea, Nigeria, Sierra Leone) wurden außerdem ermahnt, bis Ende März die vom IWF empfohlenen gemeinsamen Datenstandards zur Erfassung der gesamtwirtschaftlichen Lage einzuführen. Das WAMI sollte, als Vorläufer einer westafrikanischen Zentralbank, die Zentralbanken der Mitgliedsländer beraten und koordinieren, z.B. bei dem empfohlenen *Exchange Rate Mechanism* (ERM) der vom 1.4. bis 31.12., unter Bezug auf die Ankerwährung des US-\$, die Fluktuation der einzelnen Landeswährungen um ihre zentralen Paritätsraten um mehr als plus/minus 15% in den ersten sechs Monaten nach der Einführung des ERM verhindern sollte. Mitte Juni (17.-21.6.) beschloss der Konvergenzrat in Accra, die Währungsreserven (Forex) und -Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten zusammenzulegen und gemeinsam von der zukünftigen Westafrikanischen Zentralbank (WACB) verwalten zu lassen. Dies sollte sicherstellen, dass die Währungsreserven zur Stützung der für das Jahr 2003 geplanten Einführung einer gemeinsamen Währung genutzt wurden. Das WAMI erhielt den Auftrag, bis zum nächsten Treffen des Konvergenzrates im Oktober in Conakry einen Bericht zu den Ergebnissen seiner Studie über die Kriterien der Finanzierung der Budgetdefizite der Mitgliederstaaten durch die WAMI vorzulegen. Während die Pläne für eine gemeinsame Geldpolitik und Strukturreformen relativ zügig voranschritten, blieb die Umsetzung dieser Pläne immer weiter hinter den gestiegenen Anforderungen zurück. Bis Ende Juni gelang es nur Gambia, zumindest drei der vier primären Konvergenzkriterien (Haushaltsdefizit von weniger als 4% des BIP, Inflation geringer als 9,9% etc.) zu erfüllen. Ghana erfüllte nur ein Kriterium. Fiskalische Ungleichgewichte, insbesondere Haushaltsdefizite galten als Hauptgrund der makroökonomischen Instabilität der Mitgliedstaaten. Die Einführung der gemeinsamen Währung wurde daher Ende des Jahres auf den 1.7.2005 verschoben. Nachdem der IWF bereits im Vorjahr die Pläne für die WAMZ äußerst skeptisch beurteilt hatte, weil sie nur von den wahren wirtschaftspolitischen Problemen der Region ablenken würden, schob er im Dezember eine weitere Studie mit dem Titel *Monetary Union in West Africa: Who might gain, who might lose, and why?* nach. Die Autoren dieser Studie verwiesen auf das gesamtwirtschaftliche Ungleichgewicht, das Nigeria, das ca. 60% des BIP der ECOWAS repräsentierte, in einer solchen Währungsunion hervorrufen würde, nicht zuletzt angesichts der unterschiedlichen Abhängigkeit der Mitgliedsstaaten von

externen Schocks und unterschiedlichen *terms of trade* (Erdölexporteur vs. Agrarexporteur, etc.). Als Haupthindernis einer baldigen Realisierung der Währungsunion sah die Studie aber die mangelnde Konvergenz der Fiskalpolitik der Mitgliedsländer und nicht die Asymmetrie der Anfälligkeit für externe Schocks oder das niedrige Niveau des intra-regionalen Handels an. Insgesamt bewertete die Studie die potenziellen Kosten einer westafrikanischen Währungsunion in absehbarer Zukunft als weitaus höher als den zu erwartenden Nutzen.

### **Die neue Modernität der westafrikanischen CFA-Zone**

Zwar lag die Einführung des Euro als Einheitswährung der EU schon zwei Jahre zurück (1.1.99) aber die faktische Anbindung des Franc CFA (FCFA) an den Euro gelangte vielen Afrikanern im frankophonen Afrika erst mit der Abschaffung des französischen Franc zu Jahresbeginn ins Bewusstsein. Entsprechend dem Wechselkurs des € gegenüber dem FF (1 : 6,5597) galt nur nicht mehr der einfache Kurs 1 FF gegen 100 FCFA, sondern der umständliche Kurs von 1 € gegen 655,957 FCFA. Dies änderte nichts an den rechtlichen und währungspolitischen Regelungen der Franc-Zone; der FCFA war ähnlich einem *currency board* fest mit dem Euro verbunden über Verträge zwischen den Mitgliedsländern der CFA-Zone und dem französischen Schatzamt. Diese Verträge betrachtet Paris als reine Budgetabkommen, obwohl vieles dafür sprach, sie als Währungsabkommen zu behandeln, bei dem die übrigen Mitgliedsländer der EU ein Mitspracherecht hätten. Die französische Position hatte sich jedoch innerhalb der EU durchgesetzt, und so musste Frankreich die EU nur noch in zwei Fällen um Zustimmung (Mehrheitsentscheidung im Ministerrat) bitten: erstens bei einer Ausweitung der CFA-Zone auf neue Beitrittskandidaten (z.B. die Kandidaten Gambia, Guinea oder Ghana) oder zweitens bei grundlegenden Änderungen der Natur der Währungsabkommen (z.B. Abkehr von festen Wechselkursen). Alle anderen potenziellen Änderungen fielen allein in die Kompetenz der Mitgliedsstaaten der Franc-Zone. Auch bei einer Abwertung wäre Paris nur gehalten, seine europäischen Partner vorab zu informieren. Da die Abkehr vom FF einen hohen Symbolwert hatte, lebten Gerüchte um eine bevorstehende Abwertung zu Jahresbeginn wieder auf, da man befürchtete, dass die strengen Bestimmungen der EU-Konvergenzkriterien nun auch auf die afrikanischen FCFA-Länder durchschlagen würden. Die zuständigen französischen und afrikanischen Währungshüter ließen aber keine passende Gelegenheit aus, um diese Gerüchte als völlig unfundiert von sich zu weisen. Trotzdem trat die Anbindung des FCFA an den Euro erneut (eher akademische) Diskussionen innerhalb der UEMOA um die Vor- und Nachteile fester und flexibler Währungskurse und um die Unabhängigkeit afrikanischer Währungs- und Geldpolitik los. So veranstaltete z.B. die BCEAO anlässlich ihres mit großem Pomp gefeierten 40-jährigen Bestehens am 12.5. in Dakar ein mit hochkarätigen internationalen Experten besetztes Symposium über die optimale Geldpolitik in einem integrierten Wirtschaftsraum. Angesichts vieler "vested interests" hatten "revolutionäre" Pläne der Abkehr von den etablierten Regelungen aber keine Realisierungschancen. Immerhin verkündete der Gouverneur der BCEAO am 11.12. in einem vertraulichen Schreiben an die zuständigen französischen Autoritäten seine Besorgnis um die Zukunft des FCFA und empfahl, die Währung umzubenennen in CFA, zumal es nun ja auch keinen Franc mehr gäbe. Diese Empfehlung war kurz zuvor einstimmig von den UEMOA-Mitgliedsstaaten abgesegnet worden und sollte als Beschlussvorlage in die nächste Sitzung des UEMOA-Ministerrates am 19.12. eingebracht werden, was dann offenbar nicht geschah. Im April trafen sich in Yaounde (Kamerun) die Finanzminister der UEMOA und CEMAC, um bis Jahresende die gesetzlichen Grundlagen für ein Verbot von Geldwäsche zu schaffen, die angeblich eine ernste Bedrohung der wirtschaftlichen Stabilität der Mitglieder der Franc-Zone darstellte, aber wohl mindestens ebenso stark von dem Interesse der internationalen Gebergemeinschaft, allen voran der

USA, an weltweiter Terrorismusbekämpfung geprägt war; eine Direktive für entsprechende nationale Gesetze wurde am 19.9. vom Ministerrat der UEMOA (und am 30.9. von der CEMAC) verabschiedet. Die neuen Maßnahmen gegen Geldwäsche und Finanzierung terroristischer Aktivitäten sollten innerhalb von zwei Jahren mit Hilfe der *Banque de France* umgesetzt werden. Die anhaltende Aufwertung des realen Wechselkurses des Euro und damit des FCFA gegenüber dem US-\$ (um 25% in einem Jahr; davon allein um 16% von Juni 2001 bis März 2002) verschlechterte die Absatzchancen der Baumwoll-, Kakao- und Kaffee-Exporteure innerhalb der UEMOA auf dem Weltmarkt, da die meisten Verträge auf Dollarbasis abgerechnet wurden. Ende des Jahres bekamen die Gerüchte um eine bevorstehende CFA-Abwertung angesichts der wirtschaftlichen Auswirkungen der ivoirischen Krise (s.o.) neue Nahrung.

### **UEMOA (WAEMU)**

Die Prognosen für das Wirtschaftswachstum in der UEMOA mussten angesichts der negativen Auswirkungen der ivoirischen Krise selbst bei den optimistischsten Annahmen nach unten von 4,4% auf 2,7% für das Berichtsjahr angepasst werden (s.o.). Umso mehr musste die UEMOA besonderes Augenmerk auf die Annäherung der Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedsländer an die Konvergenzkriterien legen, die im Berichtsjahr in unterschiedlichem Maße erfüllt wurden: Bezüglich der erstrangigen Kriterien gelang es Benin, Burkina Faso, der Côte d'Ivoire und Senegal die Inflation unter der geforderten Höchstmarke von 3% zu drücken; die gleichen Staaten, ausgenommen Côte d'Ivoire, respektierten auch die weitere Bedingung einer Gesamtverschuldung unter 70% des BIP. Wenigstens drei Staaten, die Côte d'Ivoire, Guinea-Bissau und Togo, hielten sich nicht an die Bedingung, keine zusätzlichen Rückstände im Schuldendienst aufzubauen. Hinsichtlich der zweitrangigen Konvergenzkriterien erfüllten Benin, Mali und Senegal die Bedingung, das Verhältnis der öffentlichen Löhne und Gehälter unter 35% der öffentlichen Einnahmen zu drücken; als besonders großer Problemfall galt hier Guinea-Bissau, wo diese Höchstmarke mit 94,6% weit überschritten wurde. Das Verhältnis der mit Eigenmitteln finanzierten öffentlichen Investitionen zu den öffentlichen Einnahmen lag bei Benin, Burkina und Mali über dem geforderten Mindestsatz von 20%.

Die Regierung in Abidjan konnte ihre Verpflichtungen zur Beitragszahlungen (*Prélèvement Communautaire de Solidarité/PCS*) immer weniger erfüllen. Die Überweisungen der Côte d'Ivoire, die normalerweise 40% zum Budget der UEMOA beisteuerte, sanken von FCFA 950 Mio. im August auf 234 Mio. im September und 3 Mio. im Oktober. Neben den akuten Finanzproblemen war ein weiterer Grund für diese Zahlungsverweigerung ein Mehrheitsbeschluss der UEMOA, in ihrem zukünftigen Regionalparlament von der Stimmgleichheit aller Mitgliedsstaaten auszugehen, ohne Rücksicht auf die unterschiedlichen Beitragszahlungen zu nehmen. Hinter diesem Machtkampf standen außerdem weitere Kontroversen, die aus dem zunehmenden Nationalismus ivoirischer Politiker resultierten und um die Frage gingen, wer zukünftig als parlamentarischer Vertreter seines Landes in das Parlament gewählt werden könnte und wer als ausländischer Staatsbürger in der Côte d'Ivoire anzusehen sei.

Vom 17.-18.6. fand in Washington ein gemeinsam von der UEMOA und der Regierung der USA organisiertes Seminar zur Regionalintegration in Westafrika statt. Dies dokumentierte die gestärkten Beziehungen der Organisation zu den USA, die zwei Monate zuvor mit einem Handels- und Investitionsabkommen besiegelt worden waren. Das für Mitte Dezember geplante 7. Gipfeltreffen der Staatsschefs der UEMOA wurde wegen der ivoirischen Krise auf den 29.1.03 in Dakar verschoben.

Die **OMVS** verabschiedete am 18.5. eine Charta der gemeinsamen Nutzung des Wassers des Senegalflusses und zur Umstrukturierung der Stromversorgungsgesellschaft des Manantali-Staudamms (Sogem). Damit wurde ein zweijähriger Streit zwischen Mauretanien und Senegal um die Nutzung von Urstromtälern des Senegalflusses durch den Senegal gütlich abgeschlossen durch einen Verzicht der Regierung in Dakar auf eine Weiterverfolgung dieser Pläne. Die Kommerzialisierung des Stroms des Wasserkraftwerks wurde an die südafrikanische Gesellschaft Eskom vergeben. Die Produktion von 800 GW/h p.a. (d.h. 40% des Stromverbrauchs der drei Mitgliedsstaaten) sollte zu 52% an Mali, 33% an Senegal und 15% an Mauretanien gehen.

Auf dem vierten Gipfeltreffen der COMESSA in Sirte (Libyen) traten Benin und Togo als neue westafrikanische Mitglieder der Organisation bei (6.3.) und erweiterten die Gesamtzahl der Mitgliedstaaten auf 18.

*Dirk Kohnert*

### **Chronologie Westafrika 2002**

- Anfang Mai Informationsreise des IWF-Präsidenten Horst Köhler nach Ghana, Côte d'Ivoire und Burkina Faso
- 12.05. Präsidentschafts- (28.4./12.5.) und Parlamentswahlen (14.7./28.7.) in Mali : demokratisch legitimierter Machtwechsel
- 14.05. Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Sierra Leone: Stärkung der Rolle des amtierenden Präsidenten Kabbah
- 17.-21.06. Treffen des Konvergenzrates der WAMZ in Accra zur Vorbereitung einer zweiten westafrikanischen Währungszone
- 19.09. Gründung der *Association Cotonnière Africaine* (ACA) mit Sitz in Cotonou
- 19.09. Ausbruch des ivorischen Bürgerkriegs mit Auswirkungen auf die Nachbarstaaten
- 03.11. NEPAD-Treffen in Abuja
- 18.12. Sondergipfel der ECOWAS zur Lösung der ivorischen Krise

## Regionalorganisationen:

- Accord de Non-Agression et d'Assistance en Matière de Defense (ANAD)**, gegründet Juni 1977 in Abidjan; 7 frankophone westafrikanische Mitgliedsstaaten: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Mali, Mauritien, Niger, Senegal, Togo. Guinea-Bissau und Gambia haben Beobachterstatus; Sekretariat: Abidjan; Vorsitzender: Sec.-Gen. Col. Papa Khalilou Fall
- Autorité du Bassin du Niger (ABN)**; gegründet: 1964; Sitz: Niamey (Niger); 9 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea, Kamerun, Mali, Niger, Nigeria, Tschad - Präsidentschaft: Mamadou Tandja (Niger, seit 2002); Exekutivsekretär: Mohamed Bello Tuga (Nigeria, 2002 um 2. Mandat bis 2006 verlängert)
- Banque Centrale des Etats de l'Afrique de l'Ouest (BCEAO)**; gegründet: 1962; Sitz: Dakar (Senegal); 8 Staaten der UEMOA; Gouverneur des Verwaltungsrates: Charles Konan Banny (Côte d'Ivoire; seit 1.1.94).
- Banque Ouest Africaine de Développement (BOAD)**; gegründet 1973; Sitz: Lomé (Togo); 8 Mitglieder der UEMOA, - Präsident: Boni Yayi ( Benin )
- Comité Inter Etats de Lutte Contre la Sécheresse dans le Sahel (CILSS)**; gegründet: 1973; Sitz: Ouagadougou (Burkina Faso); 9 Mitglieder: Burkina Faso, Gambia, Guinea-Bissau, Kap Verde, Mali, Mauretanien, Niger, Senegal, Tschad - Vorsitz: Alpha Oumar KONARE (Mali; für 3 Jahre, bis 2003); Generalsekretär: Musa Mbenga (Gambia, gewählt 23.11.00 für drei Jahre)
- Conseil de l'Entente**; gegründet: 1959; Sitz: Abidjan (Côte d'Ivoire); 5 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Niger, Togo - Präsident: Staatschef M. Kérékou (seit August 1998) ), Directeur General: Michel Kouame.
- Club du Sahel et de l'Afrique de l'Ouest/Sahel and West Africa Club**, gegründet 1976 als Club du Sahel, seit April 2001 neue Struktur und Name; ab April 2002 geographisch auf alle westafrikanischen Länder ausgedehnt, unter Schirmherrschaft der OECD, Sitz, Paris; Beratungsgremium der CILSS-Länder
- Economic Community of West African States (ECOWAS)/Communauté Economique des Etats de l'Afrique de l'Ouest (CEDEAO)**; gegründet: 1975; Sitz: Abuja (Nigeria); 15 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kap Verde, Liberia, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo; Vorsitz: (Staatspräsident John Kufour, Ghana, ab 31.1.03); Exekutivsekretär: Mohammed Ibn Chambas (Ghana, ab 21.12.01 für 4 Jahre)
- Mano River Union (MRU)**; gegründet: 1973; Sitz: Freetown (Sierra Leone); 3 Mitglieder: Guinea, Liberia, Sierra Leone - Generalsekretär: Dr. Kabineh Koromah ( Sierra Leone)
- Organisation pour la Mise en Valeur du Fleuve Gambie (OMVG)**; gegründet: 1978; Sitz: Dakar (Senegal); 4 Mitglieder: Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Senegal - Generalsekretär: M.N. Diallo (Guinea)
- Organisation pour la Mise en Valeur du Fleuve Sénégal (OMVS)**; gegründet: 1972; Sitz: Dakar (Senegal); 3 Mitglieder: Mali, Mauretanien, Senegal (Aufnahme von Guinea 1987 beschlossen, aber noch nicht vollzogen) - Präsident: mauretanischer Staatspräsident Maaouiya Ould Sid Ahmed Taya (ab April 98 - 2000); Hochkommissar: Cheikhna Seydi Ahamadi Diawara
- Union Economique et Monétaire Ouest-Africaine (UEMOA / WAEMU)**; gegründet: 30.01.94; Sitz: Ouagadougou; 8 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea-Bissau (ab Mai 97), Mali, Niger, Senegal, Togo. - Präsident: Moussa Touré (Senegal, ab 1996); Kommissariat mit 8 Kommissaren (je einer aus den Mitgliedsländern)
- West African Monetary Zone (WAMZ)/Zone Monétaire de l'Afrique de l'Ouest (ZMAO)**; zweite Währungszone neben der UEMOA, gegründet am 15.12.00 in Bamako; Sitz: Accra (Ghana), 5 überwiegend anglophone Mitgliedsstaaten außerhalb der CFA-Zone der UEMOA: Ghana, Gambia, Guinea, Nigeria, Sierra Leone; Liberia und Kap Verde erhielten 2001 die Option später beizutreten; das *West African Monetary Institute* (WAMI), gegründet im Dez. 2000

mit Sitz in Accra fungiert als vorläufige Zentralbank der WAMZ bis zur Errichtung einer *West African Central Bank* (WACB) für alle ECOWAS-Staaten; Dir.-Gen. Dr. Michael Olufemi Ojo

**West African Rice Development Association (WARDA) / Association pour le développement de la riziculture en Afrique de l'Ouest**; gegründet: 1971; Sitz: Bouaké (Côte d'Ivoire); 17 Mitglieder: Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Liberia, Mali, Mauritien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo, Tschad. Vorsitzender: Lindsay Innes (UK); Generaldirektor: Kanayo F. Nwanze (Nigeria)

**Economic Community of Sahelo-Saharan States (COMESSA; Arabisch, CEN-SAD/SIN-SAD)**: gegründet: 4.2.1998; Sitz: Tripolis; 18 Mitglieder, davon 8 westafrikanische Staaten (*kursiv*): Ägypten, *Benin* (neu aufgenommen am 6.3.02), *Burkina Faso*, Djibouti, Eritrea, *Gambia*, Libyen, *Mali*, Marokko, *Niger*, *Nigeria*, *Senegal*, Somalia, Sudan, Tschad, *Togo* (aufgenommen am 6.3.02), Tunesien, Zentralafrikanische Republik (aufgenommen am 6.3.02), Tschad. Generalsekretär: Mohammed Al-Madani (Libyen, 1998 - 2006).